

# 1 Frankreichs Stellung im Nahen Osten nach Ende des Zweiten Weltkriegs

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 war Frankreich neben Großbritannien die zweite, dominierende europäische Macht im Nahen Osten. Während sich das britische Einflussgebiet von Nordafrika über die Levante bis zu den Anrainerstaaten des Persischen Golfs erstreckte und im Einzelnen Ägypten, Sudan, Palästina, (Trans-)Jordanien, Irak, Kuwait, Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und (Süd-)Jemen umfasste, konzentrierte sich das französische Einflussgebiet im Nahen Osten auf den Maghreb und die Levante und umfasste im Einzelnen Marokko, Algerien, Tunesien, den Libanon und Syrien. Auf den politischen, ökonomischen und (erdöl-)strategischen Aspekten, die Frankreichs dortige Stellung bis Ende des Zweiten Weltkriegs in entscheidender Weise prägten, liegt in den nachstehenden Ausführungen der Fokus.

## 1.1 Politische Aspekte

Die politische Stellung Frankreichs im Nahen Osten basierte im Kern auf seiner Eigenschaft als Kolonial- bzw. Protektoratsmacht im Maghreb sowie als Mandatsmacht in der Levante. Im Unterschied zu Frankreichs Stellung in der Levante hatte das Geschehen des Zweiten Weltkriegs für Frankreichs koloniale Stellung im Maghreb allerdings kaum unmittelbare Folgen. In besonderem Maße gilt dies für Algerien, was auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist: Zum einen lag dies an der frühen Kolonisierung Algeriens, die bis zum 14. Juni 1830 zurückreicht, als mehrere tausend französische Soldaten in der Bucht von Sidi-Ferruch (heute Sidi-Fredj) an Land gingen, um die am 5. Juli desselben Jahres erfolgte Eroberung Algiers vorzubereiten<sup>17</sup>. Zum anderen lag dies am hohen Grad kolonialer Durchdringung, der seit diesem Datum in politischer, administrativer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erreicht worden war und seinerseits auf Algeriens Status als Siedlungskolonie zurückgeht. Anders als Marokko oder Tunesien war Algerien zum integralen Bestandteil des französischen Mutterlands erklärt worden, der sich bis zu einer Verwaltungsreform im Jahr 1955 in die drei Départements Oran, Alger und Constantine sowie in die sogenannten Südgebiete («Territoires du Sud») gliederte<sup>18</sup>. Darüber hinaus hatte sich die

---

<sup>17</sup> Vgl. Guy Pervillé: *La guerre d'Algérie (1954-1962)*, Paris 2007, S. 5.

<sup>18</sup> Vgl. Yves Lacoste: *Atlas géopolitique*, Paris 2007, S. 50. Die Südgebiete standen unter französischer Militärregierung.

politische sowie vor allem die strategische Bedeutung Algeriens während des Zweiten Weltkriegs etappenweise erhöht. Kulminationspunkt dieser Entwicklung war die Gründung des Französischen Komitees für die Nationale Befreiung («Comité français de libération nationale», CFLN) durch General de Gaulle am 3. Juni 1943 in Algier, das von da an bis zur Befreiung von Paris im August 1944 Hauptstadt des Freien Frankreich war<sup>19</sup>.

Wenngleich Frankreich seine koloniale Stellung in Algerien über den Zweiten Weltkrieg hinweg aufrechterhalten konnte, so gelang dies angesichts des ab Beginn des 20. Jahrhunderts erstarkenden algerischen Nationalismus zuletzt allerdings nur mehr unter Inkaufnahme hoher Verluste an Menschenleben und immensen politischen Schadens. Einen bis zum Ausbruch des algerischen Unabhängigkeitskriegs 1954 vorläufigen Höhepunkt stellten in dieser Hinsicht die von französischen Einheiten verübten Massaker von Sétif, Guelma und Kherrata vom Mai 1945 dar: Anlässlich der Feierlichkeiten zum 8. Mai hatten die «Amis du manifeste et de la liberté» (AML), ein Sammelbecken für algerische Nationalisten unterschiedlicher politischer Provenienz, Demonstrationen organisiert, um die Freilassung einer ihrer Führungspersönlichkeiten, Messali Hadj<sup>20</sup>, und die algerische Unabhängigkeit zu fordern. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die zunächst einer unbekannten Zahl algerischer Demonstranten das Leben kosteten sowie anschließend circa zwei Dutzend Europäern<sup>21</sup>. Nachdem sich die Konfrontationen erheblich ausgedehnt hatten, holten französische Streitkräfte zu massiven Vergeltungsschlägen aus. Die Bilanz der Revolte waren 102 Tote und 110 Verletzte auf französischer (bzw. europäischer) Seite gegenüber mehreren tausend Toten auf algerischer Seite<sup>22</sup>.

Auch in Marokko und Tunesien konnte die französische Regierung ihre koloniale Stellung über den Zweiten Weltkrieg hinaus aufrechterhalten, wenngleich es sich in diesen beiden Fällen nicht um Siedlungskolonien, sondern um Protektorate handelte, in denen die traditionellen staatlichen Autoritäten formell bestehen geblieben waren. So hatte sich Frankreich im

---

<sup>19</sup> Vgl. Guy Pervillé: *La guerre d'Algérie (1954-1962)*, Paris 2007, S. 24 ff.

<sup>20</sup> Ahmed Messali Hadj (1898-1974) war Mitbegründer des «Étoile nord-africaine», einer aus dem Pariser Einwanderermilieu entstandenen Arbeiterbewegung, die die algerische Unabhängigkeit anstrebte, und war am 17. März 1941 vom französischen Staat zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Vgl. Akram B. Ellyas: *À la rencontre du Maghreb*, Paris 2001, S. 50.

<sup>21</sup> In Algerien siedelten über Franzosen hinaus auch Spanier, Malteser und Italiener, die mehrheitlich französische Staatsbürger geworden waren. Vgl. ebd., S. 49.

<sup>22</sup> Die Schätzungen zur Zahl der algerischen Opfer variieren beträchtlich: Während auf französischer Seite mal von 5000 bis 6000, mal von 6000 bis 8000 oder auch von 15.000 bis 20.000 Toten gesprochen wird, werden auf algerischer Seite 45.000 Opfer und mehr beklagt. Vgl. Guy Pervillé: *La guerre d'Algérie (1954-1962)*, Paris 2007, S. 33.

Protektorsvertrag mit Marokko dazu verpflichtet, die Kontinuität der alawitischen Dynastie zu sichern, während Tunesien formell weiterhin von der Husainiden-Dynastie geführt wurde<sup>23</sup>. Sämtliche wichtige Ministerien, Ämter und Gerichte waren de facto allerdings französischer Führung unterstellt worden, so dass üblicherweise auch im Falle Marokkos und Tunesiens von Kolonien gesprochen wird.

Erste nationalistische Tendenzen hatten sich auch in diesen beiden Ländern seit Beginn des 20. Jahrhunderts abgezeichnet. In Marokko waren diese zweierlei Ursprungs: Zum einen entsprangen sie einem religiösen Milieu, das unter dem Einfluss muslimischer Reformisten salafistischer Richtung wie dem Ägypter Mohammed Abdu stand und eine Rückkehr zu den Wurzeln des Islams forderte, um die seinerzeit als dekadent erachtete islamische Welt zu neuem Leben zu erwecken. Diese in Marokko unter anderem durch Abu Shuaib Dukkali verbreitete Doktrin beeinflusste ab den 1920er Jahren vor allem die Studenten der al-Qarawaiyin, einer „altehrwürdigen islamischen“<sup>24</sup> Universität mit Sitz in Fez<sup>25</sup>; zu ihnen zählte auch Allal al-Fassi (1919-1974), der Marokkos erste politische Partei, das «Comité d'action marocaine», 1934 mitbegründete<sup>26</sup>. Zum anderen wurde nationalistisches Gedankengut von den sog. Jungmarokkanern vertreten, deren Ziel es war, „von den Waffen und den «universellen» Prinzipien der Kolonialmacht Gebrauch zu machen und diese gegen sie zu richten“<sup>27</sup>. Diese zweite Strömung umfasste vor allem die kleine Gruppe marokkanischer Studenten in Paris, darunter Ahmed Balafrej, den späteren Generalsekretär der «Istiqlâl», der Partei der Unabhängigkeit<sup>28</sup>.

Ab 1920 regten sich ebenfalls in Tunesien nach Unabhängigkeit strebende Kräfte, die Konrad Schliephake zufolge im Wesentlichen aus zwei Richtungen kamen: Zum einen aus „den großbürgerlich islamischen Intellektuellenkreisen, die sich auf ihre Rechte aus der Verfassung (dustūr) von

---

<sup>23</sup> Vgl. Werner Ruf: Marokko, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 2: Länderanalysen, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 269-284, hier S. 271 f. sowie Konrad Schliephake: Tunesien, in: ebd., S. 405-420, hier S. 407.

<sup>24</sup> Vgl. Werner Ruf: Marokko, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 2: Länderanalysen, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 269-284, hier S. 272.

<sup>25</sup> Neben der 734 in Tunis gegründeten Ez-zitouna Universität und der 969 in Kairo gegründeten al-Azhar Universität zählt die 859 in Fez gegründete al-Qarawaiyin Universität zu den drei ältesten Bildungseinrichtungen der muslimischen Welt. Vgl. Christophe Ayad: Géopolitique de l'Égypte, Bruxelles 2002, S. 48.

<sup>26</sup> Vgl. Akram B. Ellyas: À la rencontre du Maghreb, Paris 2001, S. 51 sowie Pierre Vermeren: Histoire du Maroc depuis l'indépendance, 3<sup>e</sup> édition, Paris 2010, S. 11.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Vgl. ebd., S. 21

1861 beriefen“<sup>29</sup>; dabei handelte es sich um städtische Eliten, die vornehmlich aus der Sahelzone stammten<sup>30</sup>. Zum anderen stammten sie aus der tunesischen Arbeiterbewegung, die sich 1924 zur «Confédération Générale Tunisienne du Travail» zusammengeschlossen hatte. Obgleich die deutsch-italienische Besetzung Tunesiens von November 1942 bis Mai 1943 anti-französischen Kreisen Auftrieb gegeben hatte, war es der französischen Protektormacht bis Ende des Zweiten Weltkriegs gelungen, diese Kräfte zu unterdrücken. Erst die sich ab 1950 verstärkende Agitation leitete schließlich das Ende des französischen Protektorats über Tunesien ein<sup>31</sup>.

Völlig anders gestaltete sich die Lage für Frankreich in der Levante. Dort waren Syrien und der Libanon seit den Beschlüssen der Konferenz von San Remo vom April 1920 gemeinsam französischem Mandat unterstellt, während Palästina und der Irak getrennte britische Mandatsgebiete geworden waren<sup>32</sup>. In Syrien hatten französische Truppen im Juli 1920 Damaskus besetzt und König Faisal vertrieben, um das Land sodann, einer *divide et impera*-Lösung gemäß und „siedlungsgeographisch markanten ethno-konfessionellen Kriterien“<sup>33</sup> folgend, in vier autonome Gebiete aufzuteilen, nämlich in Aleppo (Sunniten, Armenier), Damaskus (Sunniten), Latakia (Alawiten) und Dschebel Druz (Drusen), wobei Aleppo und Damaskus schon bald wieder verwaltungsmäßig zusammengelegt worden waren<sup>34</sup>. Zu einer ersten großen, alle Gesellschaftsschichten umfassenden anti-französischen Revolte kam es im Juli 1925, nachdem der französische Hochkommissar Sarraïl zwar Wahlen versprochen, sich einer Wiederherstellung der territorialen Einheit Syriens allerdings kategorisch widersetzt hatte. Als er von drusischer Seite vorgebrachten Protest mit Gefängnisstrafen beantwortete, brach am 19. Juli ein Aufstand aus, der von Sultan al-Atrash angeführt wurde und sich bald über das gesamte Land ausbreiten sollte. Der französi-

---

<sup>29</sup> Konrad Schliephake: Tunesien, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 2: Länderanalysen, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 405-420, hier S. 408.

<sup>30</sup> Vgl. Akram B. Ellyas: *À la rencontre du Maghreb*, Paris 2001, S. 50.

<sup>31</sup> Vgl. Konrad Schliephake: Tunesien, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 2: Länderanalysen, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 405-420, hier S. 408.

<sup>32</sup> Vgl. Peter Heine: Die Herausbildung der modernen Staatenwelt, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 1: Grundlagen, Strukturen und Problemfelder, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 115-133, hier S. 120.

<sup>33</sup> Helmut Mejcher: Der arabische Osten im zwanzigsten Jahrhundert 1914-1985, in: Heinz Halm (Hrsg.): *Geschichte der arabischen Welt*, 5. Aufl., München 2004, S. 432-501, hier S. 444.

<sup>34</sup> Ebd. sowie Thomas Koszinowski: Syrien, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 2: Länderanalysen, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 385-404, hier S. 387.

schen Mandatsmacht gelang es nur durch den Einsatz drastischer Maßnahmen, zu denen Flächenbombardements von Dörfern ebenso zählten wie die Bombardierung von Damaskus, die Revolte zu unterdrücken<sup>35</sup>. Nach erneuten nationalistisch motivierten Unruhen in den Jahren 1934 bis 1936 wurde am 9. September 1936 ein französisch-syrischer Vertrag unterzeichnet, demzufolge Syrien nach einer Übergangszeit von drei Jahren in die Unabhängigkeit entlassen werden sollte. Wegen Streitigkeiten um den Sandschak Alexandrette, den sowohl Syrien als auch die Türkei für sich beanspruchten, wurde dieser Vertrag allerdings nicht vom französischen Parlament ratifiziert. Nach langwierigen französisch-türkischen Verhandlungen wurde der Sandschak im Juni 1939 schließlich vollständig der Türkei übergeben, womit Frankreich das Ziel verfolgte, die Türkei von einem Bündnis mit den Achsenmächten abzuhalten<sup>36</sup>. Als im Juni 1941 Truppen des Freien Frankreich Syrien besetzten, versprach General Catroux in einer Verkündung vom 8. Juni Syrien und dem Libanon die Unabhängigkeit, hielt «kriegsbedingt» allerdings zunächst am autoritären Mandatssystem fest. Bei – von britischer Seite erzwungenen – Wahlen im März 1943 ging schließlich der Nationale Block unter Führung von Shukri al-Quwatli als Sieger hervor, der im August desselben Jahres zum Präsidenten gewählt wurde. Als de Gaulle sich gegen Kriegsende um den Abschluss von Verträgen bemühte, die Frankreich weiterhin eine privilegierte Stellung in Syrien einräumen sollten, eskalierte die Situation im Mai 1945 angesichts der Landung weiterer französischer Truppen. In Damaskus kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der französischen Armee und der syrischen Polizei. Erst nachdem Großbritannien Frankreich ein regelrechtes Ultimatum gestellt und mit militärischer Intervention gedroht hatte, konnte ein Waffenstillstand erwirkt werden. Im April 1946 zogen die letzten französischen (und britischen) Soldaten ab und Syrien erlangte endgültig die Unabhängigkeit<sup>37</sup>.

Eng mit der syrischen Mandatsgeschichte verwoben ist freilich die libanesische. Dort war der 1920 geschaffene Großlibanon durch die Verfassung von 1926 zur Libanesischen Republik umbenannt worden, die eine parlamentarische Republik mit weitreichenden Machtbefugnissen des Präsidenten darstellte. Besonderes Kennzeichen dieser Republik waren die Regelungen zur politischen Partizipation nach konfessionellem Proporz, die

---

<sup>35</sup> Vgl. Helmut Mejcher: Der arabische Osten im zwanzigsten Jahrhundert 1914-1985, in: Heinz Halm (Hrsg.): Geschichte der arabischen Welt, 5. Aufl., München 2004, S. 432-501, hier S. 449 sowie Vincent Cloarec/Henry Laurens: Le Moyen-Orient au 20<sup>e</sup> siècle, Paris 2010, S. 57.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 74 f.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S. 80 sowie Thomas Koszinowski: Syrien, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 2: Länderanalysen, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 385-404, hier S. 387.

u. a. vorsahen, dass das Präsidentenamt stets von einem Maroniten bekleidet werden müsse<sup>38</sup>. Ferner räumte die Verfassung der Mandatsmacht beträchtliche Vorrechte ein: Der französische Hochkommissar war verantwortlich für die Bereiche Verteidigung, allgemeine Sicherheit und die Vertretung der Libanesischen Republik im Ausland und konnte darüber hinaus jede Bestimmung für nichtig erklären, die er für unvereinbar mit dem Geist oder dem Buchstaben des Mandats hielt<sup>39</sup>.

Den Wunsch nach Erlangung der Unabhängigkeit von Frankreich artikulierten verschiedene in den 1930er Jahren gegründete Parteien, darunter vor allem die Phalangistische Bewegung, die im November 1936 von Pierre Gemayel, Safiq Nasif, Charles Hilw (Hélou), Georges Naqqash und Emile Yarid gegründet wurde<sup>40</sup>. Um die (bereits erwähnte) von General Catroux 1941 in Aussicht gestellte Unabhängigkeit mit Nachdruck einfordern zu können, bedurfte die Libanesische Republik, die sich durch große konfessionelle und ethnische Heterogenität auszeichnete, allerdings verstärkten inneren Zusammenhalts und Friedens. Vor diesem Hintergrund schlossen 1943 der maronitische Präsident Bechara al-Khoury und der sunnitische Ministerpräsident Riad al-Solh den sog. «Nationalpakt», der eine Art ungeschriebene Verfassung darstellt und dem libanesischen Journalisten und Politiker Georges Naccache zufolge auf einer „zweifachen Negation“ basiert<sup>41</sup>: Während die Christen fortan auf jedweden europäischen Schutz verzichteten – wobei vor allem an französischen Schutz gedacht wurde – und den arabischen Charakter des Landes anerkannten, versprach

---

<sup>38</sup> Bis zur Unabhängigkeit und dem Nationalpakt 1943 wurde an dieser Verteilung der höchsten politischen Ämter nach Konfessionszugehörigkeit allerdings nicht strikt festgehalten; in der Folge waren etwa mit Charles Debbas (griech.-orth.), Ayoub Tabet (ev.) und Petro Trad (griech.-orth.) drei der sechs ersten Präsidenten der Mandatszeit keine Maroniten. Vgl. Georges Corm: *Le Liban contemporain – Histoire et société*, édition actualisée, Paris 2005, S. 92.

<sup>39</sup> Vgl. Georges Mutin: *Géopolitique du Monde arabe*, 3<sup>e</sup> édition mise à jour et augmentée, Paris 2009, S. 192.

<sup>40</sup> Zu den vielfältigen Wurzeln dieser Bewegung, vgl. Helmut Mejcher: Der arabische Osten im zwanzigsten Jahrhundert 1914-1985, in: Heinz Halm (Hrsg.): *Geschichte der arabischen Welt*, 5. Aufl., München 2004, S. 432-501, hier S. 479. Von vergleichsweise marginaler Bedeutung war die aus der Syrisch-Libanesischen Kommunistischen Partei hervorgegangene Syrische Kommunistische Partei, die überwiegend Armenier und Kurden als Mitglieder hatte. Vgl. ebd., S. 480.

<sup>41</sup> Der Begriff der „zweifachen Negation“ bzw. des „doppelten Verzichts“ geht zurück auf den vielzitierten Artikel des libanesischen Journalisten und Politikers Georges Naccache „Deux négations ne font pas une nation!“, der am 10. März 1949 in der von Naccache mitbegründeten, französischsprachigen Tageszeitung *L'Orient* in Beirut erschien und in dem Naccache die diversen von ihm wahrgenommenen Zerfallserscheinungen des Libanon analysierte und beklagte. Das Erscheinen dieses Artikels hatte die Inhaftierung des Autors sowie seines Chefredakteurs Kesrouan Labaki zur Folge. Vgl. Georges Naccache: *Un rêve libanais: 1943-1972*, Beirut 1983, S. 52 f.

die muslimische Seite, auf eine Vereinigung mit einem größeren arabischen Staat zu verzichten, wodurch vor allem eine etwaige Vereinigung mit Syrien ausgeschlossen werden sollte<sup>42</sup>. Mit diesem Kompromiss war die Grundlage für ein gemeinsames, gegen die Mandatsmacht Frankreich gerichtetes Vorgehen geschaffen und so strich das libanesische Parlament am 8. November 1943 sämtliche Mandatsartikel aus der Verfassung und machte Arabisch zur einzigen Amtssprache des Landes. Der seit Juni 1943 amtierende französische Hochkommissar Jean Helleu ließ daraufhin in der Nacht vom 10. auf den 11. November führende Spitzenpolitiker, darunter den libanesischen Präsidenten Bechara el-Khoury, in Rachaya inhaftieren, erklärte die vom libanesischen Parlament vorgenommenen Änderungen für null und nichtig, setzte die Verfassung aus und ernannte Émile Eddé provisorisch zum neuen Präsidenten. Nachdem sich als Reaktion auf diese Maßnahmen libanesische Politiker zusammengeschlossen und im Chouf in Bechamoun eine Übergangsregierung ausgerufen hatten, intervenierte die britische Regierung energisch bei der französischen in London. Am 22. November 1943 wurden die Inhaftierten wieder freigelassen. Die volle Unabhängigkeit erlangte der Libanon schließlich im Dezember 1946, als die letzten französischen Truppen das Land verließen<sup>43</sup>. Frankreichs politische Stellung in der Levante nach Ende des Zweiten Weltkriegs war damit erheblich geschwächt worden, während es seine Position im Maghreb – zumindest vorläufig – hatte aufrechterhalten können.

## 1.2 Ökonomische Aspekte

Auch in ökonomischer Hinsicht unterschied sich Frankreichs Stellung im Maghreb von der in der Levante. Vereinfacht lässt sich festhalten, dass bis Ende des Zweiten Weltkriegs die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Nordafrikas ausgeprägter waren als die zu den Levante-Staaten, wenngleich das libanesische Beirut hiervon die sprichwörtliche Ausnahme bildet, die die Regel bestätigt. Im Vordergrund der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im Maghreb standen, wie im übrigen Kolonialgebiet auch, die Versorgung mit Rohstoffen, und dabei vor allem die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen und Agrar-Rohstoffen, sowie die Erschließung und

---

<sup>42</sup> Vgl. Georges Mutin: *Géopolitique du Monde arabe*, 3<sup>e</sup> édition mise à jour et augmentée, Paris 2009, S. 193 sowie Georges Corm: *L'évolution du statut du Liban dans l'ordre régional et international (1840-2005)*, in: *Les Cahiers de l'Orient – Revue d'études et de réflexion sur le monde arabe et musulman*, n° 94 Printemps 2009, S. 13-35, hier S. 22.

<sup>43</sup> Vgl. Georges Corm: *Le Liban contemporain – Histoire et société*, édition actualisée, Paris 2005, S. 89.

Sicherung von Absatzmärkten. In der Folge förderte Paris in seinen nordafrikanischen Kolonien – bei gleichzeitiger Etablierung eines entsprechenden Verwaltungsapparats – die Ansiedlung einer extraktiven Industrie, den Ausbau des Agrarsektors sowie den Bau von Straßen, Schienen und Häfen, um über eine Verkehrsinfrastruktur zu verfügen, die den kolonialen Zielsetzungen dienlich war. Die Einfuhren nach Frankreich umfassten vor allem Getreide und Wein sowie Phosphate und Erze. Die Bedeutung der einzelnen Produkte variierte dabei nicht unerheblich: Während Marokko und Tunesien insbesondere Getreide und mineralische Rohstoffe ausführten – in Tunesien machten die mineralischen Rohstoffe zusammengenommen mit den pflanzlichen Produkten 1938 92% und 1947 81,8% der Exporte aus<sup>44</sup> –, war der Weinhandel vor allem für die algerische Handelsbilanz von Bedeutung: Im Zeitraum von 1930 bis 1939 beliefen sich die algerischen Exporte auf 3,9 Milliarden Francs jährlich, wobei allein auf die Weinausfuhren jährlich 1,8 Milliarden Francs, sprich ca. 46% entfielen<sup>45</sup>. Umgekehrt führten die drei Maghrebstaaten in erster Linie Konsum- und Investitionsgüter sowie Fertigprodukte ein. Dabei konzentrierten sich die Außenhandelsbeziehungen stark auf das französische Mutterland: Im Falle Algeriens machte der Handel mit Frankreich bis zur algerischen Unabhängigkeit 1962 80% der Außenhandelsbeziehungen aus<sup>46</sup>, während Tunesien 1955 ca. 65% seines Außenhandels mit Frankreich abwickelte<sup>47</sup>. Dabei waren die Handelsbilanzen der Maghrebstaaten chronisch defizitär: So waren in Tunesien die Importe 1950 zu 77% durch den Export gedeckt<sup>48</sup>, während in Marokko die Importe 1952 zu kaum mehr als 50% durch den Export gedeckt waren<sup>49</sup>.

Dass sich die Handelsbeziehungen zwischen den Maghrebstaaten und Frankreich weitgehend auf den Rohstoffhandel beschränkten, lag nicht

---

<sup>44</sup> Vgl. Konrad Schliephake: Außenhandel und außenwirtschaftliche Verflechtung, in: ders. (Hrsg.): Tunesien. Geographie – Geschichte – Kultur – Religion – Staat – Gesellschaft – Bildungswesen – Politik – Wirtschaft, Stuttgart 1984, S. 574-587, hier S. 575.

<sup>45</sup> Vgl. Robert Tinthoin: Algérie 1945, in: L'information géographique, Vol. 10 n° 4, 1946, S. 133-143, hier S. 137, [http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/ingeo\\_0020-0093\\_1946\\_num\\_10\\_4\\_5187](http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/ingeo_0020-0093_1946_num_10_4_5187) (9.4.2016).

<sup>46</sup> Georges Mutin: Le commerce extérieur de l'Algérie en 1964, in: Revue de géographie de Lyon, Vol. 40 n° 4, 1965, S. 345-365, hier S. 345, [http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/geoca\\_0035-113x\\_1965\\_num\\_40\\_4\\_1786](http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/geoca_0035-113x_1965_num_40_4_1786) (9.4.2016).

<sup>47</sup> Vgl. Konrad Schliephake: Außenhandel und außenwirtschaftliche Verflechtung, in: ders. (Hrsg.): Tunesien. Geographie – Geschichte – Kultur – Religion – Staat – Gesellschaft – Bildungswesen – Politik – Wirtschaft, Stuttgart 1984, S. 574-587, hier S. 576.

<sup>48</sup> Vgl. Konrad Schliephake: Tunesien, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur, Bd. 2: Länderanalysen, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 405-420, hier S. 414.

<sup>49</sup> Vgl. Pierre Vermeren: Histoire du Maroc depuis l'indépendance, 3<sup>e</sup> édition, Paris 2010, S. 13.



zuletzt an der ausgeprägten Unterentwicklung des sekundären Sektors, denn die Maghrebstaaten hatten während ihrer kolonialen Phase zwar „Zugang zur industrialisierten Welt“<sup>50</sup> erhalten, waren aber nicht Teil derselben geworden. Das Problem mangelnder Industrialisierung während der Kolonialzeit trotz Vorhandensein von Energie- und Rohstoffquellen kann am Beispiel Tunesiens verdeutlicht werden: So hatte der französische Geologe Philippe Thomas die Kalkphosphatlager westlich von Gafsa bereits 1885/86 entdeckt und der Abbau dieses Rohstoffs erfolgte umgehend durch die von französischen Banken gegründete «Compagnie des phosphates et du chemin de fer de Gafsa» sowie – nach Entdeckung der Vorkommen südlich von Gafsa – durch die «Compagnie tunisienne des phosphates du Djebel M'Dilla». Eine gezielte Inwertsetzung dieser Rohstoffe durch heimische Weiterverarbeitung vor Ort fand allerdings nicht statt. Vielmehr wurden diese Rohstoffe dem Export und der Veredelung in den Importländern vorbehalten, wodurch Tunesien den Rohstoffsektor nicht als Industrialisierungsmotor nutzen und in der Folge seine Rolle als weltmarktabhängiger Rohstofflieferant nicht abschütteln konnte<sup>51</sup>.

Als Erklärung für diese Fehlentwicklung werden in der Wissenschaft unterschiedliche, sich allerdings nicht notwendigerweise gegenseitig ausschließende Argumentationen vorgebracht: Während Konrad Schliephake (mit Blick auf Tunesien) auf Versäumnisse während der Protektorszeit hinweist und das völlige Fehlen staatlicher Anreize zur Industrialisierung beklagt, wie sie etwa durch Schutzzölle oder Investitionsbeihilfen hätten gegeben werden können<sup>52</sup>, verweist Charles-Robert Ageron auf die ökonomische Situation des französischen Mutterlandes und dabei vor allem auf die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre sowie den mangelnden Willen französischer Politiker, sich durch Industrialisierungsmaßnahmen in den Kolonien Konkurrenz zu den heimischen Betrieben aufzubauen und damit letztlich die heimische Arbeitslosigkeit zu befördern<sup>53</sup>. Obgleich die Ursachen der Unterentwicklung des sekundären Sektors in den einzelnen Maghrebstaaten an dieser Stelle nicht erschöpfend behandelt werden können, sei jedoch darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um ein Phänomen

---

<sup>50</sup> Mohamed El Hadi Cherif: Tunesien zwischen 1815 und dem Ende der Kolonialzeit, in: Konrad Schliephake (Hrsg.): Tunesien. Geographie – Geschichte – Kultur – Religion – Staat – Gesellschaft – Bildungswesen – Politik – Wirtschaft, Stuttgart 1984, S. 141-168, hier S. 145.

<sup>51</sup> Vgl. Konrad Schliephake: Rohstoffe, Entwicklungsstrategie und Industrialisierung, in: ders. (Hrsg.): Tunesien. Geographie – Geschichte – Kultur – Religion – Staat – Gesellschaft – Bildungswesen – Politik – Wirtschaft, Stuttgart 1984, S. 524-557, hier S. 526 sowie 536.

<sup>52</sup> Vgl. ebd., S. 535.

<sup>53</sup> Vgl. Charles-Robert Ageron: La décolonisation française, Paris 1991, S. 42. Zur Wirtschaftskrise der 1930er Jahre in Frankreich, vgl. Jean-Charles Asselain: Histoire économique de la France du XVIII<sup>e</sup> siècle à nos jours, 2. Depuis 1918, Paris 2011, S. 31 ff.

handelte, das in der Zeit unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs in sämtlichen arabischen Staaten zu beobachten war. Das Bemühen um die Entwicklung und den Ausbau dieses Sektors stand folglich im Zentrum der wirtschaftspolitischen Programmatiken zahlreicher arabischer Staaten in der postkolonialen Ära und prägte auch die in den folgenden Kapiteln behandelte Kooperation mit den Europäern, wie etwa die Ausführungen zum EAD zeigen werden (vgl. hierzu v. a. Kapitel IV).

### 1.3 (Erdöl-)strategische Aspekte

Wenngleich die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und den Maghrebstaaten ähnlich strukturiert waren wie die zwischen Frankreich und den Levantestaaten<sup>54</sup>, so war die handelspolitische Bedeutung Syriens und des Libanons für Frankreich bis nach Ende des Zweiten Weltkriegs vergleichsweise gering. Hauptursache hierfür waren das Fehlen größerer Vorkommen mineralischer Rohstoffe in Syrien wie im Libanon<sup>55</sup> sowie rückständige Anbaumethoden und feudale Besitzverhältnisse<sup>56</sup>.

Ungleich größer als die handelspolitische war allerdings die strategische Bedeutung der Mandatsgebiete für Frankreichs Stellung im Nahen Osten bis 1945. Neben Beirut, das als Sitz der französischen Mandatsverwaltung diente und sich zu einem aufstrebenden Handels- und Finanzzentrum entwickelt hatte, von dem aus der Großteil des europäisch-syrischen Handels abgewickelt wurde<sup>57</sup>, spielte dabei die vom Irak kommende

---

<sup>54</sup> Die Ausfuhren von Agrarerzeugnissen umfassten im Falle Syriens vor allem Getreide und Baumwolle, im Falle Libanons vornehmlich Obst. Privilegierter Handelspartner war ebenfalls Frankreich (neben Großbritannien allerdings), von dem umgekehrt wie im Falle der Maghrebstaaten vor allem Konsum- und Investitionsgüter bezogen wurden. Vgl. Thomas Collelo (Hrsg.): *Syria, a country study*, Washington D. C. 1988, S. 117 und 141 ff. sowie Michael Kuderna: Libanon, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): *Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur*, Bd. 2: *Länderanalysen*, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 235-267, hier S. 240.

<sup>55</sup> Die wenigen vorhandenen Rohstoffe wurden nicht ausgeführt, wofür die Bitumenlagerstätten bei Latakia bzw. Hasbaya zwischen Libanon und Antilibanon ein Beispiel liefern, die für den heimischen Bedarf bzw. zur Asphaltherstellung abgebaut wurden. Vgl. Helmut Mejcher: *Die Politik und das Öl im Nahen Osten*, Bd. II: *Die Teilung der Welt 1938-1950*, Stuttgart 1990, S. 243.

<sup>56</sup> Zur sozialen Struktur und den feudalen Besitzverhältnissen in Syrien vgl. Thomas Collelo (Hrsg.): *Syria, a country study*, Washington D. C. 1988, S. 70 ff.

<sup>57</sup> Vgl. Michael Kuderna: Libanon, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): *Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur*, Bd. 2: *Länderanalysen*, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 235-267, hier S. 241; zu den ins 19. Jahrhundert

und durch Syrien zum libanesischen Hafen Tripoli verlaufende Öl-Pipeline der Iraq Petroleum Company (IPC) die Hauptrolle. Durch ihren Bau waren die französischen Mandatsgebiete in der Levante zu strategisch wichtigen Erdöldurchgangsländern geworden. Begonnen hatte der Bau dieser Pipeline im November 1932 und führte in einem ersten Abschnitt von Kirkuk nach Haditha, von wo aus sich die Trasse in eine nördliche und eine südliche Rohrleitung aufteilte. Die nördliche Rohrleitung verlief über Syrien zum libanesischen Hafen Tripoli und damit durch französisches Mandatsgebiet, während die südliche Leitung durch das unter britischer Mandats-herrschaft stehende Transjordanien zum palästinensischen Haifa führte. Nachdem im Juli 1934 das erste irakische Öl Tripoli und im Dezember 1934 Haifa erreicht hatte, wurde die Pipeline im Frühjahr 1935 mit Pomp eingeweiht<sup>58</sup>.

Dabei war die «doppelte» Trassenführung ab Haditha das Resultat einer handfesten IPC-internen Auseinandersetzung zwischen Briten und Franzosen, die die französische Seite letztlich nur im Zusammenspiel mit den Amerikanern für sich entscheiden konnte<sup>59</sup>. Die Härte und Entschlossenheit, mit der Frankreich für diesen Trassenverlauf gekämpft hatte, lässt sich aus seiner damals extrem schwachen ölpolitischen Position erklären, die ihrerseits auf Versäumnisse französischer Politik zurückzuführen ist: Während in Großbritannien die Bedeutung von Öl als Energieträger der Zukunft frühzeitig erkannt und der Zugang zu iranischem Öl bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gesichert worden war<sup>60</sup>, hatte Frankreich keinerlei vergleichbare Anstrengungen unternommen. Dass es sich dabei um ein schwer wiegendes Versäumnis handelte, war Frankreich erst im Zuge des Ersten Weltkriegs voll bewusst geworden. Zu diesem Zeitpunkt war Frankreich vollständig vom Import russischen, rumänischen und vor allem amerikanischen Öls abhängig, welches von der Standard Oil of

---

zurückreichenden Grundlagen dieser Entwicklung Beiruts, vgl. Carolyn L. Gates: *The Merchant Republic of Lebanon. Rise of an Open Economy*, London 1998, S. 15.

<sup>58</sup> Vgl. François Roche: *TotalFinaElf: une major française*, Paris 2003, S. 32 f.

<sup>59</sup> Vgl. André Nouschi: *La France et le pétrole de 1924 à nos jours*, Paris 2001, S. 71.

<sup>60</sup> Der britische Unternehmer William Knox d'Arcy erhielt bereits 1901 im Iran eine „exklusive, auf 60 Jahre sich erstreckende Konzession, um nach Naturgas, Petroleum, Asphalt und Ozokeriten zu suchen, diese zu fördern, wirtschaftlich nutzbar zu machen und zu verkaufen“. Sieben Jahre später wurde das erste Öl gefunden, 1909 durch d'Arcy und seine Partner die Anglo-Persian Oil Company (APOC) gegründet und 1912 mit der Verschiffung von Rohöl sowie 1913 mit der Verschiffung veredelter Produkte aus einer in Abadan errichteten Raffinerie begonnen. Vgl. Ramon Knauerhause: *Öl – Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung*, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): *Der Nahe und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur*, Bd. 1: Grundlagen, Strukturen und Problemfelder, Leske + Budrich, Opladen 1988, S. 329-349, hier S. 330.

New Jersey bezogen wurde<sup>61</sup>. Erst mit Übertragung der Anteile der Deutschen Bank an der Turkish Petroleum Company (TPC, 1929 in Iraq Petroleum Company umbenannt), die auf der Konferenz von San Remo im April 1920 beschlossen worden war, wurde Frankreich zum ölpolitischen Akteur im Nahen Osten. Der französische Handlungsspielraum war dabei zunächst eng begrenzt und weitete sich erst ab 1928 aus, als Frankreich – ebenfalls nach harten Debatten – der Zugang zu Öl in Höhe seiner Beteiligung an dem multinationalen Konzern zugestanden worden war<sup>62</sup>. Die zu 23,75% an der TPC beteiligte Compagnie Française des Pétroles (CFP)<sup>63</sup> verfügte damit erstmals über «eigenes» Öl. Frankreichs ölpolitische Versäumnisse waren durch diese Neuerung jedoch mitnichten wettgemacht, verfügte es doch weder über eigene Raffinerien noch über ein eigenes Vertriebsnetz. Hastig wurden in den folgenden Jahren Gesetze erlassen<sup>64</sup> sowie diverse Institute, Behörden und Gesellschaften gegründet, deren Wirken die Versorgung mit dem wichtigen Rohstoff sicherstellen sollten. Bis Ende des Zweiten Weltkriegs zeigten diese Maßnahmen zwar einen gewissen Effekt<sup>65</sup>; die Abhängigkeit von ausländischem, und dabei vor allem von irakischem und amerikanischem Öl hatte sich allerdings nicht signifikant verringern lassen. In den ersten Jahren nach 1945 konzentrierten sich die französischen Bemühungen folglich auf die Erschließung von Lagerstätten auf eigenem Boden<sup>66</sup>, zu dem Frankreich die Territorien seiner Kolonien wie selbstverständlich dazu zählte. Die Gleichzeitigkeit der französischen Bestrebungen, auf diese Weise zu größerer Versorgungssicherheit und ölpolitischer Unabhängigkeit zu gelangen mit dem Prozess der Entkolonisierung in Nahost musste zwangsläufig zu Konflikten führen.

---

<sup>61</sup> Vgl. André Nouschi: *La France et le pétrole de 1924 à nos jours*, Paris 2001, S. 15.

<sup>62</sup> Vgl. François Roche: *TotalFinaElf: une major française*, Paris 2003, S. 29.

<sup>63</sup> Die weiteren Anteilseigner waren die Anglo-Persian Oil Company (APOC, ab 1954 BP), Royal Dutch Shell und ein Konsortium aus amerikanischen Gesellschaften (darunter Standard Oil und Gulf), die ebenfalls zu je 23,75% beteiligt waren, sowie Calouste Gulbenkian, ein britischer Geschäftsmann armenischer Abstammung, der zu 5% beteiligt war. Vgl. ebd.

<sup>64</sup> Von besonderer Bedeutung war das auf Initiative von Louis Pineau hin verabschiedete Gesetz vom 30. März 1928, das den Import, die Raffination und den Vertrieb von Öl- und Ölprodukten regelte. Vgl. André Bouillot: *Les premières années, la guerre et le pétrole*, in: Georges-Henri Soutou/Alain Beltran (Hrsg.): *Pierre Guillaumat, la passion des grands projets industriels*, Paris 1995, S. 5-10, hier S. 6.

<sup>65</sup> So stieg die Anzahl der Raffinerien von 2 im Jahre 1928 auf 14 im Jahre 1938 (1947 lag sie allerdings wieder bei 8). Vgl. Christian Stoffaës: *L'obsession de la dépendance énergétique: données économiques*, in: ebd., S. 51-67, hier S. 58.

<sup>66</sup> Vgl. ebd., S. 53.

Die Institutionalisierung europäischer Nahostpolitik

Frankreich in der Europäischen Politischen

Zusammenarbeit 1969/70-1980

Sattler, V.

2017, XV, 388 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15161-4